

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Müllinghaus, Berlin.
Verleger: **Carl Dietrich 4284-4285**



Stellen für Verlag und Redaktion:
Berlin **SW 61, Zehnstrasse, Post 6**
Telefon: **60411**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der in diesem Blatt enthaltenen Nachrichten.

Berlin, den 26. Mai 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Falsche Gerüchte.

Keine Spaltung der französischen Sozialistischen Partei.

SPD. Drei prominente sozialistische Abgeordnete, Renaudel, Frossard und Frot haben durch einen gemeinschaftlichen Besuch bei Herriot ihre Bereitwilligkeit zur Koalitionspolitik auf der Grundlage eines noch zu vereinbarenden gemeinsamen Aktionsprogramms bekundet. Dieser Schritt ist zwar ungewöhnlich, könnte aber von schlecht informierten ausländischen Beurteilern als ein Vorboten von Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei gedeutet werden. Er bedarf daher, um derartigen Missdeutungen vorzubeugen, einer Erläuterung.

Diese Aktion der Drei ist nichts anderes als die spontane Antwort auf einen Aufsatz in dem Organ der französischen Sozialisten, dem "Populaire", durch den der Generalsekretär der Partei Paul Faure in geradezu provozierender Weise die Partei noch vor dem Kongress gegen jede Art von Koalitionspolitik mit den Radikalen festlegen wollte. In diesem Artikel stellte Faure die Lage so dar, als gläube in der Partei überhaupt kein ernsthafter Mensch mehr an die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialisten an der künftigen Regierung; er versuchte ferner den Eindruck zu erwecken, als ob die Gesamtpartei die von Léon Blum während des Wahlkampfes in seiner Rede in Narbonne formulierten Voraussetzungen als Mindestbedingungen betrachte, deren hundertprozentige Annahme durch die Radikalen erforderlich wäre, damit der sozialistische Kongress die Koalition überhaupt in Erwägung ziehe. Da Faure mit Recht voraussah, dass eine solche bedingungslose Unterwerfung der Radikalen unter die sozialistischen Programmpunkte ausgeschlossen sei, zog er daraus die Schlussfolgerung, dass eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien in der Regierung völlig ausgeschlossen sei. Der Artikel war gespickt mit spöttischen Bemerkungen nicht nur gegen die Radikalen und ihren Führer Herriot, sondern auch gegen andersdenkende Sozialisten.

Viele Sozialisten haben diesen an leitender Stelle des "Populaire" veröffentlichten Aufsatz als einen Missbrauch des Parteiorgans durch den Generalsekretär der Partei empfunden. Wahrscheinlich wäre dieser Aufsatz nicht erschienen, wenn Léon Blum, der zur Zeit einen dringenden Erholungsurlaub in Südfrankreich verbringt, in Paris anwesend gewesen wäre. Mag sein, dass in der Sache Blum und wahrscheinlich sogar die Mehrheit der Parteimitglieder ebenso skeptisch über die Aussichten des Koalitionsproblems urteilen wie Paul Faure, aber auf keinen Fall würden sie, schon aus taktischen Gründen, einen so provozierenden Ton angeschlagen haben wie er und keineswegs würden sie den Parteitag in der geschilderten Form festgelegt haben. Zahlreiche Bezirksparteitage haben am letzten Sonntag zu dem Problem in ganz anderer Weise Stellung genommen und sich bedingt für den Eintritt in eine Regierung Herriot ausgesprochen. Sie bekennen sich zwar zumeist zu den Formulierungen Léon Blums in Narbonne, aber offensichtlich in der Absicht, die von ihm aufgestellten Punkte als Diskussionsgrundlage vorzuschlagen, nicht aber als Diktat, das restlos von der zahlenmäßig stärkeren radikalen Partei angenommen werden müsse.

Hätte nur der Rechtsanwalt Frot, der zum äusserst rechten Flügel der

Partei zählt, Renaudel begleitet, dann könnte man diesen Besuch bei Herriot als die Aktion jener Gruppe ansehen, die Koalitionspolitik beinahe um jeden Preis erstrebt. Aber die Tatsache, dass auch Frossard, der sowohl auf Blum persönlich, wie auch auf den "Populaire" und überhaupt in der Partei einen wachsenden Einfluss ausübt, sich an diesem Schritt beteiligt hat, beweist, dass die Kräfte innerhalb der französischen Sozialistischen Partei, die nicht bewusst alle Brücken zu den Radikalen noch vor dem Kongress abbrechen wollen, viel stärker sind als es Paul Faure darstellt.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass die Aussichten für die Bildung einer reinen Linksregierung unter Einschluss der Sozialisten nicht sehr gross sind. Das liegt vor allem an der von Faure mit Recht kritisierten schwankenden und zögernden Haltung Herriots und der Mehrheit der Radikalen, an deren Angst vor Börsenmanövern der Hochfinanz und nicht zuletzt an der Ungewissheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Deutschland. Insbesondere in der Abstützungsfrage dürfte die Kluft zwischen Radikalen und Sozialisten nicht leicht zu überbrücken sein, weil das Argument, dass man nicht wissen könne, wie lange sich Brüning noch halten und ob er nicht demnächst durch eine Hitler-Regierung abgelöst werden würde, alle Entschlüsse auf diesem Gebiete lähmt.

Jedenfalls kann von einer bevorstehenden Spaltung bei den Sozialisten keine Rede sein. Sowohl Faure wie Renaudel sind viel zu alte und parteitreue Sozialisten, als dass sie sich dem Votum der Kongressmehrheit, wie es auch ausfallen möge, nicht fügen werden.

SPD. Hamburg, 26. Mai (Eig. Drahtb)

Am Donnerstag kam es in der Hamburger Innenstadt abermals zu kommunistischen Ansammlungen. Aus den Reihen der Demonstranten fielen mehrere Schüsse gegen die Polizei. Ein Beamter wurde durch zwei Brustschüsse und einen Schenkelschuss schwer verletzt. Die Polizei machte schliesslich ebenfalls von der Waffe Gebrauch und verletzte einen Demonstranten, der zuvor auf die Polizei geschossen hatte. Der Verletzte wurde von Kommunisten fortgeschafft.

SPD. Der Reichspräsident kehrt am Sonntag-Vormittag von seinem Erholungsurlaub aus Neudeck zurück. Mittags um 12 Uhr wird er den Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Diese Besprechung wird Klarheit darüber schaffen, ob die Hetze der Rechtsopposition gegen Brüning erfolgreich gewesen ist, oder ob der Reichskanzler nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt.

Inzwischen ist der Reichspräsident durch seinen Staatssekretär über die nächsten Pläne des Reichskanzlers informiert worden. Im Verlauf dieser Unterredung hat Hindenburg gewisse Änderungen an dem Entwurf der neuen Notverordnung angeregt, denen die Reichsregierung entsprechen will. In unterrichteten politischen Kreisen schlussfolgert man daraus, dass der Reichspräsident keineswegs daran denkt, die neue Notverordnung nicht gegenzuzeichnen und er in der innen- und aussenpolitischen Zielsetzung nach wie vor mit dem Reichskanzler übereinstimmt. Das trifft jedoch keineswegs für das gesamte Kabinett zu. Man rechnet deshalb nicht nur mit einer Ergänzung der gegenwärtigen Regierung Brüning, sondern mit einer Umbildung, bei der Groener auch als Reichsinnenminister nicht mehr in Betracht kommen soll.

SPD. Paris, 26. Mai (Eig. Drahtb)

Die sozialistischen Abgeordneten Renaudel, Frot und Frossard haben am Donnerstag folgende Erklärung veröffentlicht:

"Ueber unsere Unterredung mit Herriot sind in der Presse unrichtige Informationen erschienen. Die Unterredung mit Herriot war rein persönlicher und privater Natur. Sie konnte weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu irgend einer Verpflichtung oder einem Vorschlag führen. Sie hatte ferner nicht mit den Meinungsverschiedenheiten in der sozialistischen Partei zu tun."

SPD. Eine Reichskonferenz sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, die am Donnerstag in Berlin tagte, nahm nach einem Referat des Berliner Stadtkämmerers Asch über "Die Gemeinden unter den Notverordnungen" einstimmig folgende Entschliessung an:

"In immer stärkerer Masse wälzt das Reich die Sorgen für die Unterstützung der Arbeitslosen und anderer Hilfsbedürftiger auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden waren infolgedessen gezwungen, mit eiserner Energie ihre Steuern anzuspinnen und ihre Ausgaben abzdrosseln. Dadurch wurden die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung noch weiter erhöht, die sozialen Aufgaben der Gemeinden vernachlässigt, die Arbeitslosigkeit durch Drosselung der öffentlichen Arbeiten verschärfert. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Gemeinden immer gefährdender zugespitzt. Sie ist so unhaltbar geworden, dass sich endlich auch das Reich, das an der Notlage der Gemeinden den grössten Teil der Schuld trägt, zu weitergehenden Hilfsmassnahmen genötigt sieht. Der Reichsausschuss für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei hält aber die in der geplanten Notverordnung vorgesehenen Massnahmen für durchaus unzureichend. Er stellt vielmehr fest, dass es nur einen befriedigenden Ausweg aus dieser gefährlichen Lage gibt: die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seit langem geforderte Verschmelzung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge unter voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung. Bei dieser Verschmelzung muss in erster Linie darauf geschichtet werden, dass die Unterstützungssätze ein menschenwürdiges Dasein der Unterstützungsempfänger gewährleisten.

Andererseits muss der Anteil, den die Gemeinden an der gemeinsamen Arbeitslosenfürsorge zu tragen haben werden, so festgesetzt werden, dass ihnen die Aufrechterhaltung ihrer finanziellen Existenzgrundlage und ihrer Aufgaben gesichert wird. Gegen die in letzter Zeit durchgeführte und in manchen Landesteilen vorgenommene Senkung der Fürsorgesätze wird schärfstens protestiert.

Die zur Finanzierung dieser Einrichtung noch erforderlichen Mittel müssen vor allem von den noch leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung und nicht von den Arbeitnehmern allein aufgebracht werden. Eine Forterhebung der Bürgersteuer darf nur in Frage kommen, wenn alle sozialen Härten beseitigt werden, die sich bisher bei ihrer Erhebung gezeigt haben. Solange die Vereinheitlichung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge noch nicht durchgeführt ist, muss das Reich den Gemeinden die erforderlichen Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung stellen, um sie zur vollen Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zu befähigen. Die Verteilung dieser Mittel muss nach objektiven Massstäben erfolgen, die die Ausgleichsfonds der Länder im wesentlichen überflüssig machen.

Darüber hinaus erblickt der Reichsausschuss für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst. Ohne zu verkennen, dass die entscheidenden Voraussetzungen in der Ueberwindung der faschistischen Gefahr und in der aussenpolitischen Verständigung liegen, ist er doch davon überzeugt, dass durch eine grosszügige Arbeitsbeschaffungsaktion eine Milderung der Arbeitslosigkeit erreicht werden könnte. Bei dieser Aktion sind solche Arbeiten zu bevorzugen, bei denen

der Anteil der Arbeit an den Gesamtkosten möglichst gross ist, wie Wohnungs- und Strassenbau. Weiterhin muss im Rahmen der Aktion den Gemeinden ermöglicht werden, die Fürsorgearbeit und die Betreuung der erwerbslosen Jugend durch produktive Schulung und Arbeit in ausreichendem Umfange durchzuführen."

SPD. Paris, 26.Mai (Eig.Drahtb.)

Halbamtlich wird mitgeteilt, dass die Meldungen über angebliche Verhandlungen über eine polnische Anleihe jeder Begründung entbehren. Die einzige im Gange befindliche Operation beziehe sich auf finanzielle Geschäfte einer französischen Gesellschaft, die eine Eisenbahnlinie in Polen baue.

Dieses Dementi stellt im Grunde genommen eine Bestätigung der Meldung über polnische Anleiheverhandlungen dar. Die Gesellschaft, die die Eisenbahnlinie in Polen baut - gemeint ist die Verbindung zwischen Polnisch-Oberschlesien und Gdingen - ist der Schneider-Konzern, der der polnischen Regierung eine entsprechende Konzessionsgebühr zahlen muss. Insofern dient der Schneider-Konzern als Anleihevermittler.

SPD. Im Berliner Felseneck-Prozess ist eine überraschende Wendung eingetreten.

Der Verteidiger der angeklagten Kommunisten teilte dem Gericht am Donnerstag mit, dass er den Mörder des erschossenen Arbeiters Klemke einwandfrei ermittelt habe. Der Betreffende sei als Zeuge geladen. Er, der Verteidiger, habe ursprünglich die Absicht gehabt, gegen den Mordschützen erst bei seiner Vernehmung vorzugehen, inzwischen hätten gewisse Dinge ihn veranlasst, schnell zu handeln. Der Verteidiger bat das Gericht, die Verhandlung zu unterbrechen. Er wäre bereit, der Staatsanwaltschaft den Täter zu nennen, müsse es aus begreiflichen Gründen jedoch ablehnen, den Täter in öffentlicher Sitzung zu bezeichnen.

Das Gericht kam dem Wunsche des Rechtsanwalts nach. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte Staatsanwaltschaftsrat Stehnic mit, dass er alle notwendigen Schritte unternommen habe, um die umgehende Verhaftung des Beschuldigten durchzuführen. Es soll ein Funktionär der aufgelösten SA sein.

SPD. Wuppertal, 26.Mai (Eig.Drahtb.)

In dem Hückeswagener Mordprozess gegen mehrere Nationalsozialisten, die drei Kommunisten ermordet haben, wurde am Donnerstag der Bäcker Willmund wegen Totschlags zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 50 Mark Geldstrafe, der Dachdecker Marx wegen Totschlags zu 5 Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 50 Mark Geldstrafe und der Zahnarzt Dr. Heukenkamp wegen Raufhandels zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten sind sämtlich Mitglieder der Nazi-Partei; sie bleiben in Haft.

Dem Gerichtsverfahren lag ein Vorfall am Tage der ersten Reichspräsidentenwahl zugrunde. An diesem Tage kommandierten die Nazis von Lennep einen Trupp nach Hückeswagen, der dort schwere Zusammenstösse mit Kommunisten provozierte. Der Zahnarzt Dr. Heukenkamp ging ohne jeden Anlass mit eingestemmtten Armen durch einen Trupp von Kommunisten. Infolgedessen kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Heukenkamp den Befehl zum Schiessen gegeben haben soll. Ohne bedrängt zu sein, gab daraufhin der Bäcker Willmund mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Blumenberg tödlich getroffen wurde. In der Meinung, dass der Schütze sich in das Haus des Dachdeckers Marx geflüchtet hätte, zogen die

Kommunisten dorthin und verlangten die Herausgabe des Verbrechers. Marx gab nach kurzem Wortwechsel ebenfalls durch das Fenster der Haustür mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Mondre und der Arbeiter Fries, der Bruder des sozialdemokratischen preussischen Landtagsabgeordneten Willi Fries-Köln getötet wurden. Die Opfer der Nazimörder waren Kommunisten.

Der Staatsanwalt hatte gegen Willmund wegen Totschlags 7 Jahre 3 Monate Zuchthaus, gegen Marx 10 Jahre Zuchthaus und gegen Heukenkampff wegen Anstiftung 8 Jahre Zuchthaus beantragt.

SPD. Genf, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Als von einer Unterkommission der Abrüstungskonferenz der deutsche Vorschlag entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages die gesamte Militärluftfahrt als Angriffswaffe zu erklären, abgelehnt worden war, wurde der sozialistische Senator de Brouckère-Belgien in der deutschen Rechtspresse heftig angegriffen, weil er sich erlaubt hatte, die Unzweckmässigkeit der deutschen Formulierung festzustellen. Am Donnerstag erhielten die hiesigen Vertreter der "zuverlässig nationalen" Presse und das WTB die Parole, dem gleichen de Brouckère eine gute Zensur auszustellen, weil er sich "mit erfreulicher Schärfe" gegen ein neues französisches Verschleppungsmanöver wandte. Dafür zieht die französische Presse auf Befehl gegen de Brouckère los.

Die von de Brouckère herbeigeführte Entscheidung betrifft den Unterschied zwischen den Flugzeugen mit und ohne Angriffscharakter. Frankreich wollte nur ein Kennzeichen gelten lassen, nämlich das Leergewicht des Flugzeuges, um neben allen Jagdflugzeugen auch einen Teil der Bombenflugzeuge retten zu können. Die Kommission aber nahm mit 19 gegen 18 Stimmen die Formel de Brouckères an, die ausser dem Leergewicht noch die Motorenstärke und deren Verhältnis zu den Tragflächen als Kennzeichen bestimmt. Als Massigli-Frankreich wieder mit einem neuen, endlosen Fragebogen kam, wies ihn de Brouckère energisch zurück. Ebenso sprachen der deutsche Vertreter Brandenburg und der Vorsitzende de Valloton-Schweiz energisch gegen eine neue Verschleppung.

Die Kommission für chemische Kampfmittel hat am Donnerstag beschlossen, alle den Organismen von Menschen, Tieren und Pflanzen schädlichen Stoffe, einerlei womit sie zur Wirksamkeit gebracht werden, samt den dazu notwendigen Spezialapparaten der qualitativen Abrüstung verfallen zu lassen. Das gleiche gilt von sämtlichen Bakterien gleich welcher Verwendung und von den Mitteln zur Erregung von Bränden.

Die Marinekommission hat als erste ihren Berichtsentwurf fertiggestellt. Keine einzige Schiffskategorie ist darin einheitlich beurteilt. Stattdessen sind die Meinungen der Delegationen hintereinander aufgezählt. Danach kann vom Linienschiff bis zum U-Boot und der elektrischen Treibmine alles verboten werden oder alles erlaubt bleiben. Interessant ist in diesem Bericht die dauernd wiederkehrende Feststellung, dass der politische Angriffswille eines Staates entscheidet, ob eine Schiffskategorie eine Angriffswaffe darstellt oder nicht.

SPD. London, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Im englischen Unterhaus wird gegenwärtig das Budget-Gesetz beraten. Die Debatte enthüllte bisher einen weit verbreiteten Widerstand gegen eine Rückkehr Englands zur Goldwährung, wodurch der Regierungsbank die Erklärung abgerungen wurde, dass man vorläufig nicht zum Goldstandard zurückkehren wolle.

SPD. Prag, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat die Bezirks- und Polizeiamter angewiesen, die illegalen Organisationen der tschechischen faschistischen Jungmannschaften unverzüglich aufzulösen.

Auf Grund dieser Anweisung wurden in den Büros der faschistischen Bewegung und bei den Faschistenführern in Prag Haussuchungen vorgenommen. Das beschlagnahmte Material ist so umfangreich, dass es auf einem Lastauto zur Polizeidirektion transportiert werden musste. Zahlreiche höhere Staatsbeamte sind als Faschisten kompromittiert. Viele Personen, darunter der Bruder des ehemaligen Generals Gajda, wurden verhaftet. Gegen die Faschistenführer wurde Strafanzeige erstattet, da festgestellt ist, dass ihre Sturmtruppe in Südböhmen Handgranatenübungen veranstaltet haben. Der Exgeneral Gajda wird ebenfalls vor Gericht gestellt, da erwiesen ist, dass er mit Hitlers Vertrauensmann, dem Fabrikanten Schmidt-Nürnberg, in Verbindung stand.

In 30 Provinzstädten, wo auch Haussuchungen vorgenommen wurden, konnte ebenfalls viel belastendes Material beschlagnahmt werden.

SPD. Dresden, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Die sächsische Regierung hat den Staatshaushaltsplan für 1932 verabschiedet.

Der Haushalt ist mit 345 924 800 Mark ausgeglichen. Dem an sich vorhandenen Unterschiedsbetrag zwischen Ueberschüssen und Zuschüssen ist ein gleich hoher Einnahmeposten in Höhe von 22,3 Millionen Mark gegenübergestellt, der vom Reich als Abschlagszahlung auf die Zinsen der Kaufpreis-Restforderung für die Abtretung der Eisenbahn an das Reich gefordert wird. Auf diese Zahlung haben Sachsen - so teilt die sächsische Regierung mit - einen vom Reich aus anerkannten Rechtsanspruch, der jetzt mit Nachdruck gegen das Reich im Rechtswege weiter verfolgt werde.

SPD. Düsseldorf, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag abend gegen 18 Uhr erschien auf der hiesigen Königsallee eine Truppe junger Leute in Stärke von 100 bis 150 Mann, die die Internationale singend im Laufschrift die Strassen passierte. Plötzlich ergriffen die Leute die von einem Café stehenden Tische und Stühle und schleuderten sie in die Fenster. 12 grosse Schaufenster und die Schutzscheiben einer Anzahl parkender Autos gingen in Trümmer. Ehe das Ueberfallkommando erschien, waren die Demonstranten verschwunden.

In Dortmund kam es am Donnerstag vormittag vor dem Stadthaus ähnlich wie bereits am Mittwoch wieder zu Ansammlungen, die jedoch bald von der Polizei zerstreut wurden. Drei Frauen wurden verhaftet.

SPD. Paris, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zu der Schlägerei im Preussischen Landtag: "Die Skandal-szenen, die sich am Mittwoch im Preussischen Landtag abgespielt haben, geben eine Idee davon, was aus den parlamentarischen Sitten in Deutschland zu werden droht, wenn Nazis und Kommunisten die Herren der Lage im Landtag werden."

SPD. Frankfurt/M., 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Lichtspieltheater in Frankfurt/Main wandte sich mit grosser Schärfe gegen die Monopolisierung der Filmindustrie. Der Tonfilm wurde als das grösste Unglück der Filmindustrie bezeichnet. Der Besucherschwund in den Kinos sei darauf zurückzuführen, dass höchstens jeder zehnte Tonfilm dem Publikum gefiele. Die Tobis übe ihre Vormachtstellung im Tonfilmgewerbe in geradezu brutaler Weise aus. Der freie Wettbewerb der Erfinder werde völlig unterbunden durch Drohung mit Millionenprozessen. So werde jeder technische Fortschritt durch die Patenthalter künstlich abgestuft, die auch die Einführung leicht transportabler Aufnahmegeräte für Bild und Ton verhindert hätten.

SPD. London, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Das neue englische Kohlengesetz, mit dem sich das Parlament am Montag befassen wird, verlängert die durch das vorangegangene Gesetz geschaffene Kartellorganisation um 5 Jahre, den 7½ Stunden-Tag auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht die Genfer Konvention über den 7 1/4 Stundentag ratifiziert werden sollte. Ueber Löhne enthält das Gesetz nichts. Die Unternehmer haben sich jedoch schriftlich gegenüber der Regierung verpflichtet, die gegenwärtigen Lohnsätze für die Dauer eines Jahres aufrecht zu halten. Die Bergarbeiter protestieren dagegen, dass in dem Gesetz Bestimmungen über die Lohnfrage fehlen. Sie haben für Dienstag eine Protestkundgebung nach London einberufen.

SPD. Hamburg, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

In Altona wurde am Donnerstag der Kommunist Böhlefeldt wegen versuchten Totschlags zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei seiner Komplizen erhielten Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr 3 Monaten und einem Jahr. Die Angeklagten hatten vor einiger Zeit aus Rache für die Erschiessung des kommunistischen Bürgerschaftsmitgliedes Henning einen planmässigen Ueberfall auf ein Nazilokal unternommen und zwei Nationalsozialisten zum Teil erheblich verletzt.

In Hamburg wird seit einigen Tagen ebenfalls gegen acht jugendliche Kommunisten verhandelt, die der kommunistischen Arbeiterjugend angehörten. In den Köpfen dieser Jugendlichen hatte sich eine Art "revolutionäre" Wildwest-Romantik herausgebildet. Sie hatten es sich zur Aufgabe gemacht, auf irgend eine Weise, koste es was es wolle, Gelder für die KPD zu beschaffen, um den revolutionären Kampf vorwärts zu treiben. Bei den Beratungen über die Art und Weise, wie diese Gelder beschafft werden sollten, verfielen sie auf die Idee, sich mit Revolvern und Masken zu versehen und dann planmässig die Wettbüros einiger Buchmacher auszuplündern. Die jugendlichen Revolverhelden haben zwei solcher Ueberfälle auf Wettbüros ausgeführt. Bei einem Ueberfall auf den Buchmacherladen von Sühr in der Wexstrasse erbeuteten sie 115 Mark. Bei dem wenige Tage später ausgeführten zweiten Ueberfall auf einen Buchmacherladen in der Elbstrasse kam es zu einer Schiesserei, bei der der Buchmacher Ginnut getötet wurde.

Jetzt haben sich die acht jungen Leute auf der Anklagebank des Schwurgerichts wegen Totschlags, Raubes, unbefugten Waffenbesitzes usw. zu verantworten. Wie wenig gefestigt die Leute in ihrer politischen Anschauung sind, geht wohl am besten daraus hervor, dass einer der Angeklagten, der wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs schon zweimal vorbestraft ist, von der roten Jungfront zur NSDAP überwechselte und nun halb indifferent geworden ist. Die meisten der Angeklagten sind sich, wie ihr unbekümmertes Benehmen erkennen lässt, der Tragweite ihrer Handlungen offenbar nicht bewusst. Sie sitzen als verhetzte Opfer auf der Anklagebank. Zeugenvernehmung und Beweisaufnahme werden noch einige Tage in Anspruch nehmen.

SPD. Der Wahlkreisverband Potsdam der deutschen Staatspartei hat beim Reichsparteivorstand der Deutschen Staatspartei beantragt, allen Landtagsfraktionen und Landtagsabgeordneten der Staatspartei die Bildung von Regierungen mit Nationalsozialisten oder die Unterstützung von Regierung mit Nationalsozialisten zu untersagen. Dieser Antrag ist darauf zurückzuführen, dass die württembergische demokratische Fraktion, allerdings vergeblich, mit den Nationalsozialisten über eine Regierungsbildung verhandelt hat.

SPD. Athen, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Anstelle der zurückgetretenen Regierung Venizelos ist am Donnerstag ein Kabinett Papanastasiu getreten. Die Mitglieder der neuen Regierung standen zu dem Kabinett Venizelos in scharfer Opposition. Der Ministerpräsident der neuen Regierung hat zugleich das Amt des Aussenministers und des Kriegsministers übernommen.

Papanastasiu ist der Gründer und Führer der Republikanischen Union. Er war bereits im Jahre 1924 Ministerpräsident. Unter seiner Führung wurde damals von der vierten griechischen Nationalversammlung die Republik ausgerufen. Als dann später Venizelos die Regierung übernahm, trat seine Gruppe gemeinsam mit den Royalisten in Opposition.

SPD. Das Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche" macht über "Die Wühlarbeit der Opposition" folgende bemerkenswerte Ausführungen:

"Wie die Drahtzieher der Rechtsopposition die Regierung Brüning im Innern zu unterwühlen suchen, so bemühen sie sich auch, vom Ausland her, ihren Sturz zu betreiben. Wir haben schon wiederholt auf die Verhandlungen gewisser Rechtskreise besonders mit Paris hingewiesen. Es wurde über die Grundlagen einer Verständigung mit Frankreich verhandelt, die der Kanzler unter keinen Umständen zu akzeptieren bereit wäre. Brüning hat im Reichstag warnend darauf hingewiesen und erklärt, es liege weder im Interesse des Reiches noch im Interesse einer geradlinigen und festen Fortführung der Aussenpolitik, wenn das Ausland auf Grund solcher Privatunterhaltungen hoffen könnte, dass eine nach ihm kommende Regierung in der Reparationsfrage hinter das Nein, das er ausgesprochen habe, zurückweichen könne. Diese deutliche Warnung des Kanzlers war umsonst. Man hat weiter verhandelt. Ueber Aufrüstung und ein deutsch-französisches Militärabkommen. Danach soll Deutschland ein 300 000 Mann-Heer aufstellen dürfen, modern bewaffnet, unter Mitarbeit des französischen Generalstabs. Eine wirtschaftliche Verständigung soll der militärischen folgen, die Reparationen sollen auf eine Schuld von neun Milliarden reduziert werden usw.

Man sieht, diese Verständigungsprojekte stehen in schärfstem Gegensatz zu den Abrüstungsforderungen der jetzigen Reichsregierung und zu der Forderung Brühnings auf völlige Streichung der Reparationen. Die Franzosen wissen natürlich, dass sie diese Projekte nicht durchbringen können, solange Brüning Kanzler ist. Darum sind die eigentlichen Treiber der französischen Politik, vor allem das Comité des forges, gegen Brüning, und sie haben darum unter der Hand immer wieder zu verstehen gegeben, eine Verständigung mit Deutschland sei nur möglich, wenn Hugenberg und Hitler hinter der deutschen Regierung ständen. Neuerdings gehen diese Kreise noch einen Schritt weiter: sie wollen jede weitere Verhandlung mit dem Kanzler Brüning ablehnen. Mit der Begründung, sie seien zwecklos, hinter Brüning stehe keine Volksmehrheit mehr, und die Abmachungen dieser Regierung seien praktisch wertlos. Ja, mit diesem Argument wollen sie auch eine Verschiebung der festgesetzten Reparationsverhandlungen in Lausanne begründen. Alles das sicherlich nicht ohne Kenntnis und Zustimmung der

Kreise aus der deutschen Opposition, mit denen sie verhandeln; wobei bemerkt werden muss, dass ausgesprochene Parteipolitiker der Rechtsopposition direkt nicht daran beteiligt sind. Diese Treibereien können nicht abgeleugnet werden denn Beweise liegen vor. Das alles läuft auf eine Sabotage der deutschen Außenpolitik hinaus. Und auf einen Sturz des Kabinetts Brüning mit Hilfe des Auslandes."

SPD. Am Donnerstag sollte zwischen Zentrum und Nationalsozialisten die erste Fühlungnahme wegen der Neubildung der preussischen Regierung vor sich gehen. Angesichts der blutigen Schlägerei im Landtag, an der die Nationalsozialisten ausschlaggebend beteiligt waren, hat das Zentrum jedoch auf diese vorläufige Fühlungnahme verzichtet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

"Würde der Nation".

SPD. Der neue nationalsozialistische Präsident des neuen Landtags Kerrl ist schon vor seiner Wahl von seinem Parteifreund Kube kräftig beweihräuchert worden. Der Nationalsozialismus, so versicherte Herr Kube, sei "nicht Roheit, sondern disziplinierte Kraft und Würde der Nation" und Herr Kerrl sei einer seiner würdigen Repräsentanten.

Herr Kerrl hat vor einiger Zeit etwas schriftlich von sich gegeben, nämlich einen Brief an den Herausgeber der Zeitschrift "Der gerade Weg". Dieser Brief lautet:

"Mir ist wieder ein Exemplar Ihres Sudelblattes zugegangen. Ich bitte Sie aus Gründen der Reinlichkeit, mit der weiteren Zusendung dieser Exkremente verpesteter Gehirne mich zu verschonen. Es konnte wirklich Hindenburg nichts Schlimmeres in seinem hohen Alter geschehen, dass er von Ihnen und den Ihren gelobt wird. Lesen Sie Ihre und der Ihren Kritik im Evangelium Johannes 8, Vers 44 nach. Sie werden schon dafür sorgen, dass sich leider an Hindenburg das Schicksal Marius wiederholen wird."

Zur näheren Erläuterung: Die Bibelstelle lautet: "Ihr seid von dem Vater dem Teufel und nach Eures Vaters Lust wollt Ihr tun. Er ist ein Mörder von Anfang und ist nicht bestanden in der Wahrheit, denn die Wahrheit ist nicht in ihm. Wenn er die Lüge redet, so redet er von seinem eigenen. Denn er ist ein Lügner und ein Vater derselben." Marius aber wurde im Bürgerkrieg von seinen Gegnern geächtet!

Dieser provozierende und beschimpfende Brief ist ein echter Ausdruck der "disziplinierten Kraft und Würde der Nation", deren Repräsentant Herr Kerrl ist. Er steht im vollsten Einklang mit jener "Würde der Nation", von der die blutigen Köpfe und die traurigen Trümmer im Sitzungssaal des Preussischen Landtags Zeugnis ablegen!

Christus abgesägt.

Von einem Bauer in Rönne wird berichtet, dass er dem alten christlichen Tischgebet "Komm, Herr Jesus, sei unser Gast und segne, was du uns bescheret hast" eine neue hakenkreuzlerische Fassung gegeben hat. Er betet vor seinen Knechten und Mägden:

"Wer hat uns dies Essen beschert? Adolf Hitler. Wir danken dir."

Das ist nicht die Entgleisung eines einzelnen, sondern das Zeugnis eines Massenwahns, der von den nationalsozialistischen Führern bewusst genährt wird. Der neue nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl hat am 6. Mai in einer Versammlungsrede ausgeführt:

"Danken Sie Ihrem Gott, dass er Ihnen den Mann sandte, der noch alles retten kann. Denkt an die Speisung der Zehntausende in der Bibel. So wie sich Christus in seinen zwölf Männern einen Stamm erzogen hatte, die bis zum Martyrertum ihm ergeben waren, die durch ihren Glauben das grösste Römische Reich in Trümmer gehen liessen, so erleben wir heute dasselbe in Deutschland. Adolf Hitler hat uns den Begriff des Nationalsozialismus erst gegeben, er ist der wahre heilige Geist, das wahre Licht, das uns erleuchtet."

Christus ist regelrecht abgesägt und durch Adolf Hitler ersetzt worden. Dem Bauern von Rönne mag man seinen Wahn zugute halten - aber wer glaubt, dass der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl tatsächlich dasselbe glaubt, wie der Bauer von Rönne? Wenn aber der Glaube fehlt, ist der Vergleich zwi-

schen Hitler und Christus eine Blasphemie! Wenn ein Kommunist Stalin mit Christus vergleichen würde, so würde vermutlich die Gottlosenverordnung angewandt werden.....

Die Hakenkreuzjustiz.

In Prozessen und politischen Schlägereien hat die Justiz längst ihre Bind von den Augen genommen. Das Reich der Justiz war niemals zugleich das Reich der Republik. Jetzt ist es vollends zum Dritten Reich geworden!

Vor Erfurter Gerichten wurden kurz hintereinander zwei Urteile gefällt, die die politische Verseuchung der Justiz krass darstellt.

Erster Tatbestand: Zwei Reichsbannerleute gingen zum Mittagessen. Dabei rempelten drei Nationalsozialisten sie an, einer der Reichsbannerleute gab einem Nazi eine Ohrfeige, einer pfiff, worauf mehrere Reichsbannerleute dazu kamen.

Zweiter Tatbestand: Eine Gruppe von Reichsbannerkameraden, die Flugblätter zur Präsidentenwahl verteilten, wurden von einem SA-Trupp beobachtet, Verstärkungen aus einem SA-Heim wurden herangezogen, dann stürmten die Nazis auf die Reichsbannerkameraden los, einer wurde zu Boden geschlagen, getreten und gestossen, ein Flüchtender wurde von den Nazis in einem Auto verfolgt, eingeholt niedergeschlagen und nach dem Auto geschleift.

Im ersten Fall beantragte der Staatsanwalt gegen den Reichsbannermann wegen der Ohrfeige und des Pfiffs wegen schweren Landfriedensbruchs ein Jahr Gefängnis! Im zweiten Fall beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptschläger der Nazis, einen berüchtigten Schläger, sechs Monate Gefängnis.

Im ersten Fall wurde der Reichsbannermann wegen schweren Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im zweiten Fall wurde der Rädelsführer der Nazischlägerkolonne wegen einfachen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt!

Im ersten Fall ein von dem Angeklagten nicht verschuldeter einfacher Zusammenstoß, im zweiten Fall eine wohlorganisierte Menschenjagd einer Uebermacht auf einzelne, verbunden mit viehischer Misshandlung. Die Fälle sind durchaus vergleichbar. Wägt man die Tat und ihre Schwere und die Persönlichkeiten der Täter ab, so erhebt sich die Frage: Wie ist die Differenzierung im Strafmass zu erklären? Es gibt nur eine Erklärung, die in der Person der Täter liegt. Der eine ist Reichsbannermann, der andere Hakenkreuzler. Also musste der Reichsbannermann schwerer bestraft werden!

Der Staatsanwalt, der die Strafanträge stellte, wird von den Nationalsozialisten sicher nicht zu jenen neunzig Prozent gerechnet werden, die Herr Kube wegen Rechtsbeugung auf die Anklagebank bringen will! Sollte es im übrigen noch jemanden geben, der an die Objektivität der heutigen Justiz im Zeichen des Hakenkreuzes glaubt?

Privatwirtschaftlicher Sozialismus.

Gregor Strasser hat vor den nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen seinen verballhornten Sozialismus vorgeführt. Er gipfelte in dem Satz:

"In dem heutigen Zustand kann nur der Staat ein derartiges Programm durchführen. Wir werden aber dafür sorgen, dass die staatlichen Zwangsmassnahmen sobald wie möglich wieder abgebaut werden, um einer geläuterten und sittlichen Privatwirtschaft Platz zu machen."

Geläuterte und sittliche Privatwirtschaft - man meint, einen der moralisierenden Klopffechter des Kapitalismus aus frühkapitalistischen Zeiten zu hören! Aber Privatwirtschaft und Sozialismus, wie reimt sich das zusammen? Ebenso gut könnte man sagen: Herr Strasser sei ein gottloser Christ, ein jüdischer Arier, oder ein weisser Neger!

Aus aller Welt

Cremer & Co.

Rund um den Millionenskandal der Devaheimler - Der Luxus-Chrysler als Rheumamittel - "Stützen der Gesellschaft".

SPD. Im Berliner Devaheim-Prozess schält sich immer eindringlicher das Bild einer empörenden Misswirtschaft heraus, eines Luderbetriebs von unbegreiflichem Ausmass, den die Exponenten des Skandals vergeblich durch hochfahrende Gesten und salbungsvolle Soliditätsbeschwörungen zu vertuschen suchen. Ein Charakter von ganz besonderer "Güte" ist der Pastor Cremer, einstmals ganz prominente Autorität auf dem Gebiete des evangelisch-kirchlichen Wohlfahrtswesens. Dieser Herr, der immer mit würdig erhobenem Zeigefinger und leicht überlegenem Lächeln doziert, wobei er sich gern den wohlgepflegten graumelierten Spitzbart streicht, hat Dinge getrieben, die in einem geradezu grotesken Gegensatz zu dem oft zitierten und sehr selten befolgten Bibelwort von den irdischen "Schätzen" stehen, die man nicht sammeln solle, weil sie ja der Rost fresse.

"Berufsbeweglichkeit"

In der Donnerstag-Sitzung kam nochmals der unmässige Autoverschleiss des Angeklagten Pastor Cremer zur Sprache. Herr Cremer findet nichts dabei, dass er in einem Zeitraum von 5 Jahren insgesamt 5 Luxusautomobile verbrauchte, darunter 2 grosse 6 bis 7sitzige Horchwagen und einen Chrysler im Werte von 20 000 Mark, den dieser famose Repräsentant bürgerlich-frommer Wohlfahrt aus Gründen "grösserer Berufsbeweglichkeit" benutzen zu müssen glaubte. Herr Cremer wohnt in Potsdam und der Staatsanwalt betonte in der Donnerstag-Sitzung mit Recht, dass man mit der Stadtbahn weit billiger und eigentlich schneller nach Berlin gelangen könne als in einem 20 000 Mark-Luxus-Chrysler. Im übrigen, so sagte der Ankläger, könne man diesen erstaunlichen Luxus als Privatsache betrachten, "wenn er nicht auf Kosten und mit den Geldern der armen Leute geschehen wäre." Der Angeklagte Cremer wusste auf diesen vernichtenden Vorwurf nichts anderes zu erwidern, als erregt gestikulierend die erschütternde Tatsache festzustellen, dass er früher auch einen kleinen Chrysler gehabt habe. Er hätte dieses kleinere Auto jedoch mit dem siebensitzigen vertauschen müssen, da es ihm in dem kleinen Auto so zugig gewesen sei, dass er sich Rheumatismus geholt habe. Der Pfarrer Cremer sagte und meinte das wirklich durchaus ernsthaft: "Ich habe lange gesucht, einen billigeren Wagen zu bekommen. Der einzige, in dem es nicht zog, war der grosse Chrysler." . . .

Es ist geradezu unglaublich, in welcher aufreizender Weise die Spargelder der armen Leute den Hyänen des Devaheim-Schlachtfeldes nachgeworfen worden sind. Pastor Cremer erhielt im Verlaufe von 2½ Jahren ein Autospesengeld von mehr als 60 000 Mark. Als Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungszentrale bezog der allzu irdische Geistliche ein jährliches Gehalt von 6 000 Mark, zu der noch eine Aufwandsentschädigung von 4 000 Mark kam, ausserdem von September 1929 bis Februar Sonderzuwendungen in Höhe von 16 900 Mark, womit allerdings die Einnahmen Cremers sicher nicht erschöpft sein dürften. Besonders schmachlich für den Pastor waren die Feststellungen über die Geheimfonds, die von Cremer verwaltet wurden. Diese Geheimkonten in Höhe von 180 000 Mark, die aus Reichszuschüssen bestanden und die eigentlich zu Unterstützungszwecken Verwendung finden sollten, hat Herr Cremer zu den bedenklichsten Manövern benutzt. So gab er aus diesen Unterstützungsfonds einem

Koblenzer Sanatorium 25 000 Mark als langfristigen Kredit. Die besondere Pointe dieses Kredits ist allerdings, dass Herr Cremer Geschäftsanteile des so warm unterstützten Koblenzer Sanatoriums besitzt. Der Wohlfahrtspastor Cremer ist wahrhaftig eine der duftigsten Blüten am Baume der öffentlichen Korruption.

"Wirkliche Not"

Es gibt viel dunkle Kapitel in diesem Prozess. Alle suchten sie, gedeckt durch die christlich-soziale Tarnkappe, Geld engros zu machen. Als unvereidigt gebliebener Zeuge bekundet der Geschäftsführer Dr. Libbertz, einer der engeren Vertrauensleute des Pastors Cremer, dass er von der Hilfskasse einen Monatssold von 2 500 Mark erhielt. Im Falle des Dr. Libbertz scheinen besonders trübe Machinationen vorzuliegen; übernahm doch die Hilfskasse eine Schuld von 140 000 Mark, die Libbertz bei einem mit Devaheim liierten Bankhause hatte. Warum die Hilfskasse so unwahrscheinlich grosszügig war, liess sich vorerst noch nicht feststellen. Man könnte beinahe vermuten, dass man hier einem Unbequemen ein Schweigegeld aus Banknoten aufpflasterte....

Soweit die Devaheimler nicht ganz gerissene Geschäftsleute sind, zeigen sie sich rührend naiv. Vor den Richtern steht ein 73jähriger, in Ehren grau gewordener Mann, der Universitätsprofessor Geheimrat Seeberg, seines Zeichens der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission. Man kann es dieser Spitzeninstanz glauben, dass sie von den ganzen empörenden Dingen, die bei Devaheim gleichsam ein Stockwerk tiefer geschoben wurden, nicht die leiseste Ahnung hatte. Dieser Mann leitete die Verhandlungen des Zentralausschusses und überliess im übrigen dem Pfarrer Cremer alles übrige. Als ihm nachträglich die seltsamen Transaktionen des Pastors Cremer zu Ohren kamen, war er nicht gerade angenehm berührt; man merkt dem alten Herrn an, wie peinlich ihm das ganze klebrige Milieu ist, in dem er erst mühselig herumtasten muss. Er ist der Ansicht, dass Cremer regelwidrig, zumindesten äusserst unklug gehandelt habe. Was die Dispositionsfonds angeht, so umschreibt er ihre Aufgabe mit folgendem kostbaren Satz: "Die Fonds sollten da eingreifen, wo wirkliche Not vorhanden war, so bei Beamten, Direktoren usw."

Früh übt sich....

Ein Glanzstück in der Angeklagtengalerie ist auch der Direktor Wilhelm Jeppel. Ein Mann mit unerschütterlichem Redefluss, einer kokett emporgewirbelten Künstlertolle und den Manieren eines sich als Märtyrer fühlenden Napoleon. Dieser Jeppel, der als einer der hauptsächlichsten und einflussreichsten Männer der evangelischen Wohlfahrtspflege gilt, war Aufsichtsratsvorsitzender der Devaheim. Als solcher ist er an den beispiellosen Schiebungen und den wilden Hasardgeschäften führend beteiligt. Das Bild der Gewissenlosigkeit, das dieser Sumpf des sozusagen wohlstandigen Bürgertums bietet, rundet die Person des Angeklagten Cremer jun. ab. Dieser Jüngling, ein halbes Kind, aber im Schieben anscheinend schon wohlverfahren, war bereits mit 23 Jahren wohlbestalltes regierendes Vorstandsmitglied in der Dynastie Cremer. Eine schlimmere und erbärmlichere Komödie kann es wohl nicht geben.

Alle Angeklagten, ohne Ausnahme, sind Freunde der Nazis und der Deutschenationalen!

+ + +

Giftiges Hackfleisch. In Düsseldorf erkrankten 25 Personen infolge des Genusses von verdorbenem Hackfleisch an Fleischvergiftung.

+ + +

Einsturzunglück. In einem älteren Schlossbau in Brüssel stürzte während der Besichtigung durch eine Mädchenschulklasse der Fussboden eines Saales ein. Etwa 30 Mädchen erlitten Verletzungen.

+ + +

500 000 Mark unterschlagen! Zwei Angestellte der Direktion der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg wurden unter der Beschuldigung verhaftet, 500 000 Mark unterschlagen zu haben. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

+ + +
Brauchitsch filmt. Der Sieger des grossen Avus-Autorennens, Manfred von Brauchitsch, wurde von der Mestro-Filmgesellschaft für die Hauptrolle in einem Autorennfilm verpflichtet.

+ + +
Ein Funkprozess. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte findet am Montag ein interessanter Prozess um einen Schlüsselroman statt. Der Herausgeber einer Berliner Funkzeitschrift, Reinhold Scharnke, wird der verleumderischen Beleidigung beschuldigt. Scharnke hat unter dem Titel "Wir schalten um" einen Roman geschrieben, in dem von seinem subjektiven Standpunkt aus angebliche Misstände im deutschen Rundfunkwesen aufgedeckt werden. Insbesondere gibt Scharnke vor, ein bestimmtes Cliquenwesen in der Berliner Funkstunde anzugreifen. Da der Roman vor seinem Erscheinen bereits auf Verlangen des Berliner Rundfunkintendanten Dr. Flesch beschlagnahmt worden ist, hat Scharnke Gegenklage angestrengt: er behauptet, dass Intendant Dr. Flesch "durch Diebstahl" in den Besitz des Romanmanuskripts gelangt sei.

+ + +
Frau Ziehms Vorleben. Im Gubener Prozess gegen die Lehrersfrau Else Ziehm und ihre Mutter Frau Ladewig, die des Giftmordes an dem achtjährigen Hans Georg Ziehm beschuldigt werden, berichtete ein einundsechzigjähriger Kaufmann aus Potsdam über seine früheren intimen Beziehungen zu Frau Ziehm. Der Zeuge, der verheiratet ist, war mit der angeklagten Frau Ziehm vor ihrer ersten Ehe befreundet. Er erzählte von einem Revolveranschlag der Angeklagten auf seine Ehefrau und fügte hinzu: "Dachte sich vielleicht die Else, ich würde sie heiraten, nachdem sie meine Frau umgebracht hat?... Gewiss, ich habe an ihr gehangen. Jeder Mann, mit dem sie zu tun gehabt, liebte sie. Ich kenne heute noch 15 oder 16 Männer, die sie alle noch sehr lieb haben... Schlimm war es, wenn ich nach Hause zu meiner Familie wollte. Dann hielt sie mich auf. Ich sollte nicht wieder nach Hause, ich sollte mich scheiden lassen. Als ich mit ihr in Hamburg war, hat sie nicht zugelassen, dass ich nach Potsdam zur Einsegnung meiner Kinder fahren durfte... Einmal sollte ein Herr Barbe gegen Bezahlung meiner Frau Salzsäure ins Gesicht giessen. Und Frau Barbe hat im Auftrag der Angeklagten unzählige anonyme Briefe an meine Frau befördert." Frau Ziehm antwortete auf die Beschuldigungen: "Ich ermahne den Zeugen doch ja, die reine Wahrheit zu sagen. Was er sagt ist nicht wahr. Ich habe ihm meine Jugend geopfert. Er war es, der nicht von mir lassen wollte."

+ + +
Neuer Bankskandal! Bei der Oberamtssparkasse in Vaihingen a. d. Enz sind bei einer Revision durch den Stuttgarter Girokassenverband Fehlbeträge in Höhe von 500 bis 600 000 Mark festgestellt worden. Der Direktor der Sparkasse, Toberer, wurde verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Heilbronn gebracht. Der Kassierer Wischuf hat sich bei der Strafverfolgung durch Selbstmord entzogen. Beide Beamte haben bei Kreditgewährungen ihre Befugnisse weit überschritten und satzungswidrig mit Finanzwechseln gearbeitet. Zur Verschleierung dieser Tatbestände wurden auch Falschbuchungen vorgenommen. Gegen den Vorsitzenden der Sparkasse, den Landrat Boegel, ist wegen ungenügender Dienstaufsicht ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

+ + +
Papageienkrankheit. In Breslau werden mehrere Fälle von Papageienkrankheit (Psittakosis) verzeichnet. Als Bazillenträger kommen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eingeführte sondern in Deutschland gezüchtete Papageien in Frage.

Gewerkschaftliche Bündnis

Kampfkraft und Kampfwille.

Tagung der Buchbinder.

SPD. Rüstung zum Kampf oder Unterstützung - diese in der Krise für die Gewerkschaften brennend gewordene Frage stand auf dem Leipziger Verbandstag der freigewerkschaftlichen Buchbinder im Vordergrund seiner bisherigen Beratungen. Den von der Not heimgesuchten Mitgliedern soll nach Kräften geholfen werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und es wird ihnen auch geholfen. Allein die Kampfkraft der Organisation darf sich nicht durch die Unterstützung verbluten.

Die Organisation der Buchbinder hat sie, wie Hauelsen, der Verbandsvorsitzende, in seinem Tätigkeitsbericht feststellte, trotz der fürchterlichen Arbeitslosigkeit - von den rund 50 000 Mitgliedern des Verbandes sind 21000 arbeitslos und 15 000 Kurzarbeiter - gut gehalten. Der Verband hat neben 12 Gauverwaltungen 160 Zahlstellen. Obwohl nur ein Viertel der Verbandsmitglieder voll arbeitet, ist nur eine Zahlstelle aufgelöst worden. Die Mitgliederzahl von rund 50 000 ist etwas zurückgegangen. Das hängt in erster Linie mit der Fluktuation der weiblichen Mitglieder zusammen. Für rund 72 000 Berufsangehörige sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Die Eingriffe des Reichs in die Lohnbildung haben auch für die Buchbinder eine harte Belastung gebracht und für den Verband stehen bereits in nächster Zeit schwere Entscheidungen bevor.

Das finanzielle Fundament des Verbandes ist nach dem Bericht des Verbandskassierers Greve durch die Unterstützungsbelastung - die Unterstützungsleistungen haben sich gegenüber 1928 fast verdreifacht - zwar etwas geschwächt, aber keineswegs erschüttert. Das Verbandsorgan ist von seinem Leiter Michaelis etc. was moderner ausgestaltet worden.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht beschäftigte sich vor allem mit der Neuregelung des Unterstützungswesens im Hinblick auf die zu erwartende neue Belastung des Arbeitsmarktes. Fast allgemein wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, unter allen Umständen zwischen Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht herzustellen, und der sozialpolitische Sekretär des ADGB, Franz Spliedt, warnte eindringlich davor, einen Umfang der Unterstützungen zu beschließen, der sich, auf weite Sicht gesehen, als untragbar erweise. Die Gewerkschaftsfunktionäre hätten die Pflicht, den Mitgliedern zu sagen, Hauptaufgabe der Gewerkschaften sei, zu kämpfen und nicht Unterstützungen auszuzahlen. Die Gewerkschaften seien - gerade heute müsse man das betonen - Kampforganisationen, und danach müsse sich die Regelung der Verbandsfinanzen richten. Die Gewerkschaft dürfe sich nicht durch unzeitgemäße Unterstützungsmassnahmen so ausbluten, dass schliesslich für ihre urgenste Aufgabe, für den Kampf um den Lohn, kein Geld mehr vorhanden sei. Wenn die Gewerkschaften sich auch weiterhin ihre volle Kampffähigkeit erhalten würden, dann dienten sie am besten den Interessen der Mitgliedschaft.

In den Beratungen der Tarif- und Lohnpolitik kritisierte Wienicke scharf die Haltung des Reichsarbeitsministeriums, vor allem dessen Stellung zur Frage der Allgemeinverbindlichkeit. Er forderte, dass der Verbandstag in dieser Frage gegenüber dem Ministerium ein ernstes Wort spricht. Im übrigen empfahl er nach Beleuchtung der Lohnentwicklung in der Provinz wie in der Grosstadt vor allem im Vergleich zur Vorkriegszeit, die Fortsetzung der bisherigen Ta-

rifpolitik. - In der Aussprache über die Lohnpolitikfiel noch manch scharfes Wort gegen das Reichsarbeitsministerium. Spliedt forderte verschärften Kampf für die Vierzigstundenwoche. Er betonte, dieser Kampf müsse von neuem aufgenommen werden, wenn auch die Vierzigstundenwoche für die in Arbeit Stehenden eine Belastung bedeute. Die Vierzigstundenwoche sei ein Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen. Die Technik dränge mit Naturgewalt zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften müssten nur einig sein und wissen, was sie wollen, dann kämen sie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch endlich einen Schritt vorwärts.

Auch mit der Lohnpolitik der Regierung ging Spliedt scharf ins Gericht. Wir haben, so betonte er, stets bei der Aussprache mit den massgebenden Stellen auf den Wahnwitz des Lohnabbaus hingewiesen. Das grosse Problem ist: wie bringen wir es trotz der bestehenden Schwierigkeiten fertig, die breiten Massen kaufkräftig zu erhalten. Die Unternehmer fordern zur Zeit wieder eine Auflockerung der Tarife. Demgegenüber muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass wir an den heutigen Tarifen festhalten. Eine Starrheit ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Die Unternehmer wenden sich gegen den Zwangstarif. Aber der Reichsarbeitsminister hat ihnen in Erfurt bereits darauf geantwortet, dass man doch unmöglich die menschliche Arbeitskraft ungeschützt lassen könne, wenn grosse Teile der Industrie und der Landwirtschaft vom Staat unter ungeheuren Opfern Hilfe bekommen.

Spliedt schloss mit einem Blick auf die Politik: Brüning zu stürzen, das wäre heute ein Kinderspiel. Aber wer Brüning stürzt, muss sagen, was dann geschehen soll. Eine Regierung, in der die Nazis einen beherrschenden Einfluss haben, muss aus Deutschland einen Trümmerhaufen machen. Die Gewerkschaften haben keine Angst vor den Nazis, aber man muss doch die Frage aufwerfen, was wirtschafts- und aussenpolitisch würde, wenn die Nazis mit in der Regierung sässen. Wir überwinden die Krise nur durch internationale Verständigung. Die Nazis wollen aber alles andere als eine Verständigung der Völker. Ihre Politik verschärft und kompliziert sowohl die wirtschaftlichen wie auch die aussenpolitischen Schwierigkeiten. Die Arbeiterbewegung, die starke internationale Verbindungen hat, muss unermüdlich daran arbeiten, dass wieder eine Verständigung Platz greift. Das ist unsere Mission. Gewiss ist die Ungeduld in den Betrieben verständlich. Es muss aber gesagt werden, dass nichts damit erreicht ist, wenn wir resignieren und uns zurückziehen. Nicht resignieren, sondern marschieren, ausharren und kämpfen! Das allein kann uns helfen.

SD. In Deutschland gäbe es keine Nazis, wenn es keine Kommunisten gäbe. Aber die deutsche Arbeiterklasse ist gespalten, und wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Und der Dritte heisst Hitler. Unsere Komiker machen nach wie vor die grössten Anstrengungen, in Deutschland eine "revolutionäre Situation" zu schaffen. Zu diesem Zweck verleunden sie bewusst und systematisch die Gewerkschaftsführer. Sie kügen mit Absicht. Der neue Tarifkonflikt im Ruhrbergbau liefert dafür einen neuen Beweis.

Am 9. Mai schrieb die kommunistische Ruhrpresse: "Heute, am Montag, werden die Husemann- und Imbusch-Verräter in geheimer Abmachung den Unternehmerforderungen zustimmen".

Am 9. Mai haben in den Parteiverhandlungen die Vertreter der Gewerkschaften die Forderungen des Zechenverbandes sehr energisch abgelehnt. Die Folge war, dass die Verhandlungen nach kurzer Zeit ergebnislos abgebrochen wurden.

Am andern Tag schrieb die kommunistische Presse: "Die Gewerkschaftsbürokraten mimten in der Verhandlung mit dem Zechenverband Opposition und stellten Anträge, die sie dem EWED gestohlen haben, um die Bergarbeiter zu täuschen."

Am 19. Mai schrieben die kommunistischen Blätter: "Ruhrkumpels, heute Lohnrauschacher in Essen. Die reformistischen Vorschläge bedeuten 19 Prozent Lohnabbau". Tags darauf hiess es, als es wieder anders kam, in der gleichen Presse: "Ruhrbergbautarifverhandlungen vertagt. BAV=Lohnräuber lüften Verrätermaske. Lohnraub am grünen Tisch bereits vereinbart."

Was also auch geschehen mag, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Verhandlungen, bei den Verhandlungen, nach den Verhandlungen tun mögen - für die Komiker steht immer fest, dass die Gewerkschaftsführer die Arbeiter nur verraten und verkaufen wollen. Vor so viel Irrsinn und so viel Niedertracht denkt man unwillkürlich an Florian Geyer. Narren und Schweine haben die grosse deutsche Bauernbewegung umgebracht. Narren und Schweine sind drauf und dran, die deutsche Arbeiterbewegung umzubringen.

SPD. Ein neuer Sozialabbau steht vor der Tür, Er bedeutet für die Arbeiterschaft eine neue harte Belastung. Was aber tun die Spitzen des Unternehmertums? Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärt, der Ausgleich der öffentlichen Haushalte dürfte auf keinen Fall durch neue Steuern versucht werden. Bei der fortgesetzten Schrumpfung des Umsatzes bedeuteten die Verwaltungskosten der öffentlichen Hand einschliesslich der sozialen Abgaben eine unerträgliche Belastung der Produktion. Die wichtigste Aufgabe der Regierung müsse deshalb sein, auf dem Weg über eine Regelung des Finanzausgleichs, der Verwaltungsreform und der Arbeitslosenfürsorge endlich einen entscheidende Schritt mit dem Ziel einer wirksamen Entlastung der Gütererzeugung zu tun. Das Kernproblem der Wirtschaftsführung müsse sein, die Wirtschaft leistungsfähig zu halten und das Vertrauen auf die Möglichkeit eines Aufstiegs wieder zu beleben.

Diese Stellungnahme des Präsidiums des Reichsverbandes ist durch die von der Unternehmerpresse in den letzten Tagen der Regierung und vor allem dem Reichsarbeitsminister gemachten schweren Vorwürfe vorbereitet worden. Der Abbau der Erwerbslosenhilfe, die Senkung der Invalidenrenten und die Lockerung des Tarifschutzes - all das genügt noch immer nicht den Leuten, die über die Not der Wirtschaft klagen und dabei nach wie vor noch immer sehr hohe Bezüge einstecken. Zu diesen Beschwerden bemerkt der Führer der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, im "Deutschen": "Man muss zur Entschuldigung dieser Kreise annehmen, dass sie über die wirklich traurige Lage der breiten Masse des Volkes nicht orientiert sind. Sollte das aber doch der Fall sein, dann sind ihre Forderungen von einer geradezu haarsträubenden Ummenschlichkeit. Sie sind zudem staatsgefährlich."

Tritt die geplante neue Notverordnung in Kraft, dann beträgt künftig der Durchschnittsunterstützungssatz für den Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung rund 9 Mark in der Woche! Dem Reichsverband ist das noch zu viel!

SPD. Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Land- und Forstwirtschaft ist höchst unerfreulich. Die letzte Zählung der von den Arbeitsämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitssuchenden aus der Land- und Forstwirtschaft, die von Anfang Mai datiert, ergab 184 324 männliche und 45 283 weibliche, insgesamt 229 607 Personen. Anfang April dieses Jahres waren es 302 799. Mithin ist ein Rückgang um rund 73 000 Personen oder 24 Prozent eingetreten. In den vergangenen Jahren war die Entlastung des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsmarktes in der Zeit von Anfang April bis Anfang Mai prozentual wesentlich stärker. Sie betrug im Jahre 1931 rund 30 %, im Jahre 1930 rund 40 %, im Jahre 1929 rund 57 % und im Jahre 1928 rund 45 %.

Wirtschaft Technik Handel

Sinkendes Masseneinkommen.

Fürchterliche Folgen des Lohnabbaus.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut gibt in seinem Vierteljahresbericht eine Uebersicht über die Lage der deutschen Wirtschaft, die die ungeheuren Folgen des Lohn- und Gehaltsabbaus unterstreicht. In einer beispielelsen Propaganda der bürgerlichen und besonders der nationalsozialistischen Presse wurde dem deutschen Volke die "Segenswirkungen" eines Lohnabbaus auseinandergesetzt. Unter dem Druck von Leuten, die nicht alle werden, wurde dann der Lohn- und Gehaltsabbau vollzogen. Die von der Schwerindustrie finanzierte faschistische Bewegung wurde in Deutschland so mächtig, dass Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht genügenden Widerstand gegen den Lohndruck des Unternehmertums leisten konnten. So ist Deutschland in die Verschärfung der Wirtschaftskrise geschliddert.

Heute liegt es klar auf der Hand, dass die Versprechungen, durch Lohn- und Preisabbau die Wirtschaft anzukurbeln, eitel Lug und Trug war. Die Millionen, die die Industrie den Nationalsozialisten zur Verfügung stellte, haben sich für die Unternehmer tausendfältig gelohnt. Aber die Wirtschaft ist am Ende ihrer Kraft. Immer wieder heisst es in den Berichten des Konjunkturforschungsinstituts, dass es an Kaufkraft fehlt, dass der Warenumsatz weiter zurückgeht. Unter dessen verlangt die Schwerindustrie weiteren Lohnabbau und die Nationalsozialisten sind bereit, die Wucht einer Millionenbewegung zu missbrauchen, um die Lohnabbauwünsche des Unternehmertums weiter durchzusetzen.

In der Landwirtschaft haben sich nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts mit Beginn der Verknappung des Angebotes die Getreidepreise erhöht. Infolge der auf die grossagrарischen Interessen eingestellten Getreidepolitik standen dagegen die Märkte für tierische Erzeugnisse, für Fleisch, Butter, Milch usw., unter scharfem Druck. Anzeichen zur Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft sind, wie der Bericht des Konjunkturforschungsinstituts besonders unterstreicht, trotz Festigung des Getreidemarktes nicht gegeben, weil die Einkommensschrumpfung der Verbraucher anhält.

Von Bedeutung ist die Verbindung zwischen dem Preis für landwirtschaftliche Waren und dem Industriearbeiterlohn, von der die wissenschaftliche Betrachtung des Konjunkturforschungsinstituts ausgeht.

Im Steinkohlenbergbau gingen Förderung und Absatz saisonüblich zurück und erreichten im April 1932 einen neuen Tiefstand. Dagegen hält sich im Braunkohlenbergbau die Brikettherstellung über dem Stand des Vorjahres. Der Produktionsrückgang in der Eisenindustrie hat sich etwas verlangsamt. Hier führte die Deckung eines bisher zurückgehaltenen Bedarfs im Inlandsgeschäft zu einer Belebung. Nach gleicher Richtung wirkten die Eisenaufträge der russischen Regierung. In der Metallwirtschaft ist die Gewinnung, mit Ausnahme von Kupfer, zurückgegangen. Der Rückgang in der Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten hält an.

In der Maschinenindustrie hat die Auftragserteilung im Inlandsgeschäft saisonüblich zugenommen. Die Auslandsaufträge lagen - zum Teil eine Folge der unverständigen deutschen Zollpolitik - im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1932 um 22 % unter dem Stand des Vorjahresvierteljahres. Im März ist in=

folge der Bestellungen der russischen Regierung der Auftragsbestand beträchtlich gestiegen. Die Beschäftigung in der elektrotechnischen Industrie hat sich gegenüber Dezember 1931 um ein Fünftel verringert. Die Saisonbelegung auf dem Kraftfahrzeugmarkt setzte nur zögernd ein. Gegenüber dem Vorjahr sind Produktion und Beschäftigung verschärft zurückgegangen.

Für die Textilindustrie wird vom Konjunkturforschungsinstitut festgestellt, dass Produktion und Beschäftigung weiter unter dem Druck sinkenden Masseneinkommens stehen. Die Schrumpfung des Aussenhandels hat sich beschleunigt. Bei starkem Rückgang des Lederexports ist der Beschäftigungsgrad der Lederindustrie konjunkturell weiter abwärts gerichtet. In der Lederwaren- und Schuhindustrie hat sich eine leichte Belegung durchsetzen können. Auch in der Feinkeramischen Industrie ist die Beschäftigung nach dem aussergewöhnlichen Tiefstand im Januar saisonmässig leicht gestiegen. In der Funkindustrie sind Produktion und Absatz saisonmässig gefallen. Die Ausführungsschwierigkeiten haben sich verschärft.

Die jahreszeitliche Zunahme der Beschäftigung ist auf dem Baumarkt fast völlig ausgeblieben. Das Einzelhaus tritt gegenüber dem Häuserblock stärker in den Vordergrund. Auf dem Rundholzmarkt scheint sich eine festere Konjunktur anzubahnen. In der holzbearbeitenden Industrie war die Saisonbelegung in diesem Jahr ungewöhnlich schwach. Die Frühjahrsbelegung in der holzverarbeitenden Industrie trat erst im April in geringem Umfange ein.

Die Umsätze im Einzelhandel lagen im ersten Vierteljahr 1932 wertmässig um rund 17 % unter Vorjahrshöhe. Da sich der Preisrückgang im Einzelhandel verlangsamt hat, kommt die weitere Schrumpfung der Einkommensgestaltung stärker als bisher in einem Qualitätsrückgang und einem Mengenausfall zum Ausdruck. Die Wirtschaftslage des Handwerks hat sich weiter verschlechtert. In mehreren Handwerkszweigen war die saisonmässige Zunahme der Beschäftigung wesentlich geringer als im Vorjahre.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat April 1932 mit rund 555,79 Millionen an. Gegenüber dem April 1931 sind damit 258 Millionen Mark weniger eingenommen worden. Eine Vergleichung der Einnahmen im April 1932 mit den Einnahmen im April 1931 ist aber nicht gut möglich, da in dem April 1931 Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer zu entrichten waren. Andererseits sind gegenüber dem April 1931 neue Steuern eingeführt und alte Steuern erhöht worden. Vergleicht man die Einnahmen im Monat April 1932 mit dem entsprechenden Monat im 1. Vierteljahr 1932, also mit dem Januar 1932, dann ergibt sich für den April 1932 eine Mindereinnahme von etwa 195 Millionen Mark jedoch ist auch diese Vergleichung nicht zutreffend.

Die Lohnsteuer erbrachte im April 1932 = 66,87 Millionen gegen 80,39 Millionen im Januar 1932 und 88,8 Millionen im April 1931. Die Umsatzsteuer stellt sich für April 1932 auf 112,56 Millionen gegen 156 Millionen im April 1931. Die Zölle werden für April 1932 mit 140,65 Millionen ausgewiesen (April 1931 = 127,2 Millionen). Während die Biersteuer im April 1931 = 28,6 Millionen erbrachte, wird sie für April 1932 mit 24,41 Millionen angegeben.

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine gibt den Gesamtumsatz für das erste Vierteljahr 1932 mit 195 Millionen Mark an gegenüber 252 Millionen Mark im vierten Quartal 1931 und 257 Millionen im ersten Vierteljahr 1931. Bei Berücksichtigung der Senkung der konsumgenossenschaftlichen Preise kommt der Zentralverband zu dem Schluss, dass "der Umfang der konsumgenossen-

schaftlichen Güterversorgung im Vergleich zum Vorjahr grösser geworden ist. Der Umsatz pro Mitglied stellt sich für das erste Quartal 1932 auf 67,21 Mark gegenüber 85,89 Mark im vierten Vierteljahr 1931 und 85,94 Mark im ersten Vierteljahr 1931. Die Spareinlagen werden mit 298,87 Millionen Mark angegeben gegenüber 317,25 Millionen Mark im vierten Vierteljahr 1931 und 409,55 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1931. Der Rückgang im ersten Vierteljahr 1932 macht nur 18,38 Millionen Mark aus gegenüber 42,82 Millionen im vierten Vierteljahr 1931. Die Zahl der Mitglieder stellt sich auf 2 895 431 für das erste Vierteljahr 1932 gegen 2 938 445 für das vierte Vierteljahr 1931.

SPD. Nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes betrug der Anteil der Einfuhr am Verbrauch in Deutschland im Jahre 1927 beim Fleisch 8 %, im Jahre 1931 dagegen nur 1 %, beim Brotgetreide im Jahre 1927 = 27 %, im Jahre 1931 nur 4 %, beim Futtergetreide 21 % gegen 6 % und bei Eiern 37 % gegen 30 %.

Die Einfuhr ist also zu Gunsten der heimischen Produktion stark zurückgegangen. Das lag auf der Linie der Agrarpolitik, wie sie in den letzten Jahren in Deutschland betrieben wurde. Man hat die Einfuhrdrosselung durch Zölle, Preisstützung, Einfuhrverbote usw. erreicht.

Interessant ist, wie sich diese Politik ganz verschieden ausgewirkt hat. Am Getreidemarkt konnten die Preise gesteigert werden. Das ist ganz natürlich, weil am Getreidemarkt einstarrer Bedarf vorliegt, der sich auch in der Krise in seinem Umfang nur unwesentlich verringert. Brot und Kartoffeln sind eben die Hauptnahrung in Deutschland. Infolge dieser Zusammenhänge hat die in den letzten Jahren betriebene Agrarpolitik die Getreidepreise steigern können. An dieser Politik haben vor allem die Grossagrarien, die Körnerbauer profitiert. Soweit in kleinerem Ausmass Getreide angebaut wird, liegen nach Darstellung des Konjunkturforschungsinstituts die Dinge wohl so, dass die Landwirte ihr Getreide schon im Herbst, zum mindesten im ersten Halbjahr des Getreidejahres, wo die Preise noch verhältnismässig niedrig lagen, verkaufen mussten. Als in der zweiten Hälfte des Jahres die Getreidepreise stiegen, verfügten nur wenige Landwirte über Getreide zum Verkauf.

Anders hat sich die Zoll- und Einfuhrdrosselungspolitik auf dem Markt für Vieh, Butter, Eier usw. ausgewirkt. Hier waren die Zölle und Einfuhrverbote nicht in der Lage, die Preise zu steigern. Die Preise erwiesen sich vielmehr durchweg von der Kaufkraft der breiten Bevölkerung abhängig. Es handelt sich hier um einen elastischen Bedarf, der mit sinkendem Einkommen naturgemäss zurückgeht. Das bedingt eine Preisentwicklung für die landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte nach unten.

Das geht deutlich, wie das Konjunkturforschungsinstitut feststellt, aus dem veränderten Preisverhältnis zwischen Getreide und Vieh hervor. 1913 konnte man noch für einen Doppelzentner Schweinefleisch Lebendgewicht etwa 6 Doppelzentner Weizen und für 1 Doppelzentner Rindfleisch etwa 5 Doppelzentner Weizen kaufen. Heute nur etwa 2,5 Doppelzentner Weizen.

Die in den letzten Jahren betriebene Agrarpolitik ist also höchstens dem Grossgetreidebauer und dem Handel zugute gekommen, nicht aber dem kleinen Bauern. Die Neigung der Grossagrarien, diese Politik bis zum Unfug der Autarkie zusteigern, ist also erklärlich. Daher wohl auch die Neigung der Grossgrundbesitzer für den Nationalsozialismus, der mit der Autarkie agitiert. Der Bauer hat aber von solchen Projekten, wie die wissenschaftliche Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts zeigt, nichts zu erwarten.

Umschwung.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Mai)

SPD. Im Gegensatz zu den Vortagen konnte am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse eine ausgesprochen feste Tendenz, insbesondere für Weizen, zum Durchbruch kommen. Nach den starken Preisrückgängen der letzten Tage war das Angebot an promptem Weizen erheblich kleiner geworden, während sich gleichzeitig reguläre Bedarfsnachfrage bemerkbar machte. Infolgedessen festigte sich die Stimmung. Bei der Notierung konnte prompter Weizen ganze 3, Weizen auf Lieferung $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ Mark gewinnen. Roggen wurde von der Bewegung mitgezogen, obwohl weder das Angebot noch die Kauflust grösser geworden war. Prompter Roggen gewann eine Mark, Roggen auf Lieferung $\frac{1}{2}$ bis 1 ganze Mark. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung. Die Stimmung war noch sehr ruhig und bei unveränderten Preisen fanden nur die allernotwendigsten Bedarfsdeckungskäufe statt. Hafer hatte gutstetige Tendenz. Das Angebot war sehr knapp; die Eigner hielten an ihren Forderungen fest.

	25. Mai	26. Mai
Weizen	264 - 266	267 - 269
Roggen	195 - 197	196 - 198
Braugerste	186 - 193	186 - 193
Futter- und Industrieroggen	178 - 185	178 - 185
Hafer	160 - 163	160 - 163
Weizenmehl	32,00-35,50	32,00-35,50
Roggenmehl	25,75-27,70	25,75-27,70
Weizenkleie	-	11,25-11,75
Roggenkleie	-	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $279\frac{1}{2}$ -279 Brief (Vortag $275\frac{1}{2}$), Juli $271\frac{1}{2}$ -271 (269), September $225\frac{1}{2}$ (224). Roggen Juli 186 und Brief (185), September 180-179 $\frac{1}{2}$ (179 $\frac{1}{2}$). Hafer Mai 174 (174), Juli 176 und Brief (176), September - (151).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 26. Mai). A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte über 65 g 7,25, über 60 g 6,50, über 53 g 6, über 48 g 5,50; frische Eier über 60 g 6, über 53 g 5,50; aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50. B. Auslands Eier: Dänen 18er 7, 17er 6,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 5,75-6; Holländer 68 g 7,25, 60-62 g 6,25, 56-58 g 6; Rumänen 4,50 = 5,25; Ungarn 4,75-5; Jugoslawen 4,75-5; Russen normale 4,25 = 4,75; kleine, Mittel und Schmutzeier 4. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: freundlicher.

Buttermarkt.

Berliner Butterpreise vom 26. Mai. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als sehr ruhig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers lasten - für den Zentner wie folgt fest: I. Qualität 109 RM. II. Qualität 102 RM und abfallende Ware 92 RM.

Die sozialistische Frau

F R A U | N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 39

Berlin, den 26. Mai 1932

Zweite Ehen.^x

SPD. Konflikte in zweiten Ehen entstehen nach meiner in der Eheberatung gemachten Beobachtung häufiger da, wo der Ehemann zum zweiten Male verheiratet ist, als bei zweiten Ehen der Frau. Dabei macht sich ein erheblicher Unterschied bemerkbar zwischen den Ehen, bei denen dem Ehemann die erste Frau gestorben war, und den andern, in denen eine erste Ehe geschieden wurde. War die erste Frau gestorben, so neigen die Ehemänner dazu, sich das Bild dieser Toten mehr und mehr zum Nachteil der zweiten Frau zu idealisieren. Das konnte selbst in Fällen beobachtet werden, in denen feststand, dass die erste Ehe keineswegs reibungslos verlaufen war. Auch hier hörte man die Worte: "So eine Frau wie meine erste finde ich nicht wieder". Das ist wohl auf die allgemeine menschliche Eigenschaft zurückzuführen, dass bei Erinnerungen die Lichtseiten mehr hervortreten, das Unangenehme und Trübe halb vergessen wird oder doch gemildert erscheint. Die Erinnerung vergoldet. Das ist eine alte Weisheit. Gegen diese vergoldende Erinnerung kann sich zuweilen eine zweite Frau schlecht behaupten, und besondere Schwierigkeiten entstehen, wenn Kinder aus dieser ersten Ehe vorhanden sind. Nicht so sehr, wenn diese Kinder noch klein sind. Da ist der Mann vielfach geneigt, dankbar anzuerkennen, dass die Frau den kleinen Kindern ihre Sorgfalt und Liebe zuwendet, besonders, wenn eine Zeit nach dem Tode der rechten Mutter vorhergegangen ist, in denen die Kinder solche Sorgfalt entbehrt haben. Anders aber ist es, wenn die Kinder grösser oder schon erwachsen sind. Häufig liegt es dann wohl daran, dass diese erwachsenen Kinder selbst der zweiten Frau mit wenig Sympathie gegenüberstehen, in ihr die verrufene "Stiefmutter" fürchten, aber auch, dass sie es kränkend empfinden, dass die Erinnerung an die eigene Mutter verdrängt wird. Der Vater ist zu oft in solchen Fällen geneigt, gleichfalls der "Stiefmutter" zu misstrauen. Er ist der natürliche Beschützer seiner Kinder im Leben - da wird er dazu auch der zweiten Frau gegenüber, ohne sich oft darüber Rechenschaft zu geben, dass diese Beschützerrolle nicht vonnöten ist. Die Eheberatung kann da lediglich versuchen, mildernd und klärend zu vermitteln, auch den erwachsenen Kindern gegenüber.

Anders liegen die Dinge, wenn die erste Ehe geschieden wurde. Dann ist meist viel Bitterkeit bei dem Manne vorhanden, sei es, dass die frühere Frau, sei es, dass er selbst oder beide vom Gericht als schuldig erklärt wurden. Und diese Bitterkeit, die den Mann zwar nicht dazu führt, nun die zweite Frau ebenfalls zu beschuldigen, führt doch leicht zu einer allgemeinen Gereiztheit im täglichen Umgang, deren nur eine sehr ruhige und kluge Frau mit der Zeit Herr wird. Der Mann ist aus der ersten Ehe eben an Reibereien gewöhnt und führt diese unabsichtlich immer wieder herbei. - Die Ehen, die mehrfach geschieden wurden - ich weiss von einer, in der der Ehemann jetzt zum vierten Male geschieden worden ist -, in denen also der Mann von vorn herein für ein eheliches Leben völlig ungeeignet ist, können hier überhaupt ausser Betracht bleiben. Das sind Ausnahmefälle. Immerhin sind aber die Fälle weit seltener, in denen eine Frau mehrere Male geschieden wird.

Die Fälle, in denen eine in zweiter Ehe verheiratete Frau mit Ehekonflikten zu schaffen hat, sind ebenfalls weit seltener. Man kann das doppelt

deuten, einmal dahin, dass diese Frauen etwas müde sind von den Konflikten der ersten Ehe, wenn diese geschieden wurde, oder, dass sie, wenn der erste Mann, mit dem sie glücklich waren, starb, von vorn herein mit einer gewissen Resignation die zweite Ehe eingehen. Die andere Deutung wäre, dass tatsächlich die zweiten Frauen in der Ehe mehr versagen, dem Manne mehr Stoff zur Klage geben, als es die zum zweiten Male verheirateten Männer tun. Ich kann jedoch nicht sagen, dass die Beobachtungen für diese Annahme sprechen. Allgemein ist vielmehr der Eindruck, dass die Frau, die zum zweiten Male heiratet, für sich nicht mehr so viel erwartet, mit weniger Illusionen in die Ehe geht, also auch weniger dazu neigt, sich an dem Manne in den Kleinigkeiten des täglichen Lebens zu reiben, die doch meist das unharmonische Leben herbeiführen. Ebenso wenig sehen die Frauen in dem zweiten Manne den eigenen früheren Kindern gegenüber den "Stiefvater". Sie erkennen meist an, dass er auch für die nicht von ihm stammenden Kinder sorgt. Stoff zur Klage gibt dagegen der Frau in der zweiten Ehe nicht selten die Eifersucht, oft vielleicht nicht unbegründet, nicht selten aber doch übertrieben. Sie gilt wohl auch der ersten Frau des Mannes, falls dieser ebenfalls schon einmal verheiratet war, ist aber oft auch durch Erfahrungen der ersten Ehe und vielleicht durch ein mangelndes Selbstvertrauen begründet. Fälle, in denen Frauen öfter als zweimal heirateten, sind uns nicht vorgekommen; dagegen einige Fälle, in denen Frauen zweimal geschieden wurden. Diese Frauen haben aber jedesmal energisch erklärt, nun heirateten sie nicht wieder, sie hätten "genug davon". Dass die Männer sich häufiger und schneller wieder verheiraten, ist eine Folge der Tatsache, dass sie eben für die Wirtschaft "eine Frau brauchen", wie viele offen sagen. Die Frau wird auch ohne den Mann fertig, besonders gegenwärtig, wo auch der Mann als Ernährer nicht mehr so durchgehend in Frage kommt, wie dies früher geschah, einmal der Arbeitslosigkeit wegen, zum andern durch die grössere selbständige Arbeitstätigkeit der Frau. Hinzugefügt sei noch, dass die oben erwähnten Beobachtungen ziemlich gleichmässig sich wiederholten bei Angehörigen der verschiedensten Lebenskreise. Sie sind also augenscheinlich in der Verschiedenheit der Charakteranlage von Frau und Mann begründet.

Henni Lehmann.

X

Alfons und Bianca.

SPD. Vor ein paar Jahren, als die spanischen Divisionen in Marokko im Kampfe gegen die Rifkabylen bluteten, heiratete in dem Orte Vallecas, in der Nähe von Madrid, der Kupferschmied Alfons Barajas eine junge Arbeiterin namens Bianca. Barajas kam aus dem Gebirge. Er liebte Bianca sehr, schon weil sie ihn an seine Lieblingschwester erinnerte. Er lebte glücklich mit ihr, aber vier Wochen nach der Hochzeit wurde er zu einer Truppe eingezogen, die in Madrid in Garnison lag. Bianca lief neben Alfons, seine Hand in der ihren haltend, als das Regiment in der Gluthitze eines Augusttages nach dem Bahnhof marschierte, um nach dem Rifgebiet abtransportiert zu werden. Auf dem Bahnhof, angesichts der braunen, hölzernen Schlange von Güterwagen, der Frauen, auf deren Gesichtern sich Schmerz und Groll mischten, betäubt von den Klängen der heftig spielenden Regimentskapelle, umarmte Alfons die Schluchzende viele Male, und jedesmal sagte er: "Ich komme ja zurück. Der Krieg geht vorüber. Du brauchst doch nicht zu weinen", - und was er sonst noch an tröstenden Worten fand. Dann schmetterte eine Trompete das Abfahrtssignal. Die Menschen rissen sich auseinander; die Soldaten stiegen auf das Geheiss der Offiziere in die Wagen. Bianca blickte mit den andern Frauen dem Zuge nach. Die Tränen liefen ihr über das Gesicht. Sie war schwanger.

Monate vergingen. Die Zeitungen meldeten von schweren Kämpfen, von Siegen; sie berichteten vom Opfermute der Truppen. Immer mehr Regimenter wurden mobilisiert, auf Dampfer geladen und gegen die aufständischen Kabylen geführt. Bianca lebte in einer bangen Ungewissheit, die von Tag zu Tag quälender wurde, und auch die wenigen Briefe, die sie von Alfons erhielt, konnten sie nicht beruhigen. Im Dezember gebar sie einen Knaben. Sie nannte ihn Miguel; so hatte es sich Alfons gewünscht. Als das Kind zwei Monate alt war, blieben die Briefe aus. Eine Woche, zwei Wochen, einen ganzen Monat. Eines Abends, als Bianca am Fenster sass und das schlafende Kind in den Armen hielt, fühlte sie plötzlich einen wehen Stich im Herzen. Sie erschrak; ihre Arme wurden schwach. Ihre Augen füllten sich mit Tränen. Er ist tot, dachte sie plötzlich; Alfons ist tot, ich fühle es. Warum dieser Krieg, dieser schreckliche, furchtbare Krieg? Ist nicht genug Elend in der Welt? Was hat Alfons getan, dass er sterben muss, um ein Stück Land, das er nie in seinem Leben gesehen hätte? Sie nahm einen Streifen schwarzes Tuch und legte ihn um Alfons' Bild, das an der Wand hing. Endlich schlief sie ein. Hoffnungslos, von Kummer und Gram überwältigt.

Mitten in der Nacht wachte sie auf. Durch das Fenster fiel das Licht eines sanften, blassen Mondes. Das Kind schlief. Alles war still. Nichts regte sich. Da klopfte es leise an die Tür - oder an die Wand; sie konnte es nicht unterscheiden. Sie richtete sich auf. Es klopfte wieder und stärker. Bianca stand auf und ging furchtsam zur Tür. "Bianca, so öffne doch", flüsterte draussen eine Stimme. Sie zog den Riegel zurück. In der Tür stand - Alfons. Sie wurde blaß vor Schreck, als wäre er kein lebendiger Mensch, als wäre er ein schreckliches Gespenst, das mitten in der Nacht vor ihrer Türe stand, sie zu peinigen und zu quälen. "Alfons", stammelte sie, schon in seinen Armen, "du kommst, du bist nicht tot?" - "Nein", flüsterte der Mann. "Ich lebe, ich bin geflohen". - "Alfons", schrie Bianca, "mir träumte noch eben, du seist gestorben, ich würde dich nie mehr sehen. Ach, Alfons"! Und sie presste ihn an sich. "Leise", sagte Alfons. "Niemand darf wissen, dass ich hierher gekommen bin". Und er erzählte, wie er mit einem andern Kameraden geflohen, wie sie halbverhungert aus dem Laderaum eines englischen Dampfers gekrochen waren. Aus Mitleid hatte sie der Kapitän mitgenommen; aus Mitleid hatten ihm die Matrosen eine alte Hose geschenkt, einen Sweater und eine Mütze, deren Schild fehlte. So stand er vor Bianca, ein junger Mann von 22 Jahren, den Heimweh und Sehnsucht unbezwinglich zurückgetrieben hatten. Sie fielen sich wieder in die Arme. Sie waren einander wiedergegeben. Sie weinten und lachten vor Glück. Sie wussten nicht, wie nahe das Schicksal ihnen drohte; sie ahnten es nicht.

Im Morgengrauen berieten sie. "Ich muss fort. Ich habe keine Ruhe mehr", sagte der Mann. Sie sahen den Morgen langsam erstarken. Das Licht floss durch das Fenster auf das Bett. Ein neuer Tag begann, ein unfassbar schöner Tag. Das Kind erwachte und schrie. Bianca nahm es an die Brust. Es trank. Sie sahen sich beide in die Augen. Wie gut könnten wir leben, dachten sie beide. Endlich sagte Alfons: "Ich gehe zu meinem Vater. Er wird mich verbergen. Bei ihm bin ich sicher. Später kommst du nach mit dem Kinde". - "Ja", antwortete sie nachdenklich, "später..."

Alfons war nochmals eingeschlafen. Bianca sass neben ihm und sah, wie der Schlaf sein Gesicht glättete und befriedete, sein junges Gesicht, in dem jede Pore von Heimweh und Sehnsucht durchtränkt war. Gegen Mittag polterten Schritte die Treppe herauf. Alfons fuhr aus dem Schlafe. Die Tür wurde aufgerissen. Eine Gendarmeriepatrouille! Gellend schrie Bianca: "Alfons, das Fenster!" Schon war Alfons am Fenster, da sah er unten Helme. Er wandte sich um, nahm einen Anlauf. Sie fingen ihn an der Tür ab und rangen mit ihm. Sie überwältigten und fesselten ihn. So stand er vor Bianca. Sie ging zu ihm hin, fuhr viele Male mit beiden Händen über sein Gesicht, das nass war von Schweiss. Sie umschlang ihn. "Ich rette dich, mein Alfons; sei ruhig! Ich rette dich", flüsterte sie. Die Gendarmen zogen Alfons fort. "Ich rette dich", flüsterte Bianca zum drittenmal - und stand schon allein. -

Die Desertionen hatten sich gehäuft. Man beschloss, ihrer mit äusserster Strenge Herr zu werden. Alfons wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Er sah ein hartes Gesicht. Er sah mitten hinein in einen grossen, dunklen Mund, der sich auf und zu bewegte, bis er endlich begriff, dass es sein Todesurteil war, das über ihn ausgesprochen wurde. Er schwankte. Man führte ihn wieder in die Zelle zurück. Man sprach mit ihm. Er hörte nichts. Verschlossenen Mundes sass er da und starrte an die Wand.

Bianca lief mit einem Gnadengesuch durch die Strassen. Eine arme Frau ging um ihren Mann zu retten. Sie wusste nicht, wie schwer es ist, einen Menschen zu retten. Es ist unmöglich; nur sie wusste es nicht. Sie ging zu den Aemtern. Sie lief durch hohe, kühle Gänge. Sie verirrte sich. Sie wurde von Zimmer zu Zimmer geschickt. Sie blieb hin und wieder stehen und lauschte: Das ganze Haus war erfüllt von einem geheimnisvollen Rauschen. Sie dachte: Tote marschieren, immer dieselben Schritte vom Morgen bis zum Abend. Sie können nicht von der Stelle. Tote marschieren. "Ich rette doch Alfons. Noch ist es nicht zu spät", flüsterte sie müde vor sich hin, verzweifelt und voller Schmerz, der an ihr frass mit scharfen, wehen Strichen. Endlich gelang es ihr, bis zum Kriegsminister vorzudringen. Sie sah einen alten Mann an einem Tische sitzen. Ein hageres Gesicht blickte zornig über Papiere hinweg auf sie. Ein scharfer, böser Blick warf sie in einem Schwächeanfall zu Boden. Man hob sie auf. "Exzellenz werden den Fall prüfen", hörte sie eine Stimme an ihrem Ohr. Sie ging. Plötzlich lief sie schneller, immer schneller. Er wird begnadigt werden. Er ist gerettet. Er wird leben, dachte sie und kam nach dem Gefängnis, zu Alfons. Man liess sie ein. Sie wurde zu einem Offizier geführt: Vor einer Stunde war Alfons erschossen worden.

Erschossen! Sie stand wieder auf der Strasse. Es war Abend. Leichte Wolken hingen am Himmel. Es war Frühling. Alfons ist tot? Es ist nicht wahr! Er wird zu Hause vor der Tür stehen, auf mich warten und sagen, dass ich geträumt habe. Es ist nicht wahr. Er lebt. Es gibt keinen Krieg, irgendwo, um irgendetwas. "Es kann doch nicht wahr sein!" schrie sie, während der erwachende Schmerz sie überfiel wie ein hungriges Tier. - -

Alfred Prugel.

Frühling im Küchenzettel.^x

SPD. Nur zu gern bekennt man sich zu den jungen Frühlingsgenüssen, denen man mit Recht eine ganz besondere Kraftspeicherung zuschreibt. Man weiss, dass die grünen Blattgemüse frohsinnfördernde Heilbringer sind, die nach der vitaminarmen Winternahrung rasch den richtigen Ausgleich im Körperorganismus schaffen werden. Als Einleitung der zu erwartenden Genüsse wählen wir eine würzige Frühlingssuppe. Hierzu werden 3 Esslöffel Butter mit kleiner Flamme zerlassen und darin 3 Esslöffel Mehl zum Ausquellen gebracht. Nun brauchen wir etwa 1 1/2 Liter Fleischbrühe, deren Herkunft aus Würfeln hinterher keiner erraten wird. Haben wir hiermit aufgefüllt, so reiben wir eine kleine Zwiebel bei. Aus den preiswerten Boten des Frühlings suchen wir uns Petersilie, Schnittlauch, Dill, Sauerampfer, Spinatblätter und Mohrrüben aus, von allem etwas, und dünsten es feingewiegt in Butter. Diese grünen Zutaten verschwinden im Suppentopf, der ein kurzes Aufkochen verlangt und sich dann mit der kleinen Flamme begnügt. Etwas Pfeffer und Salz geben einen herzhaften Beigeschmack. Kurz vor dem Anrichten verquirlen wir ein Eigelb, mischen es mit etwas Suppe und quirlen noch einige Zeit weiter. Hiermit werden wir die Suppe lieblich abrunden, doch darf sie nicht mehr auf der Flamme stehen, wenn wir es beigegeben. Niemand kann es als Verschwendung empfinden, wenn zum Schlusse noch ein Stückchen frische Butter untertaucht und mit feinen Fettaggen die Suppe überspannt.

Frischer, lichtgrüner Spinat ist erfreulicherweise schon recht bellig. Er hat den Vorzug, eine wahr Fundgrube wichtiger Lebensstoffe zu sein. Die aufmerksame Leserin weiss bereits, dass man ihn gründlich wäscht und dann mit dem Messer hackt. Mit 3 Esslöffeln Butter auf das Pfund Spinat werden die tropfnassen Schnipsel einige Minuten mit kleiner Flamme behandelt. Dabei steuern sie ihren eigenen Saft hinzu. Man gibt dann, sobald sich nämlich genügend Flüssigkeit im Topfe gesammelt hat, die grosse Flamme bis zum Kochen und setzt nun den Topf mit einem Schwung auf die Kartoffeln. Sie erinnern sich doch: Kochturm! Gesalzen wird erst ganz zum Schlusse.

Misst man dem Spinat aus Mürbeteig Taschen an, so erhebt er Anspruch auf besondere Beachtung und hält auch länger vor. Man wiegt 250 Gramm Mehl, 100 Gramm Butter ab, verquirlt ein ganzes Ei, gibt einen Teelöffel Wasser bei und braucht nur noch eine Prise Salz, um einen Teig kneten zu können. Nach einer Ruhepause ist er bereit, sich ausrollen zu lassen. Mit dem Teigradel lassen sich bequem gleichmässige Vierecke abteilen. Sie erhalten zur Mitte einen kleinen Spinathügel, werden an den Rändern mit etwas Eiweiss bestrichen, über Eck hochgeklappt und zugeklebt. Bestreicht man sie noch mit dem Eigelb, so werden sie beim Backen schön goldgelb.

Auch der Rhabarber will sich mit billigem Preise bei der geplagten Hausfrau beliebt machen. Seine anregende, blutauffrischende Wirkung ist ja allseits bekannt. Kindern kann man ihn eigentlich garnicht oft genug anbieten, und man sollte den kleinen Leckermäulern etwas Vanillepudding dazu geben. In einer modernen Küche schält man den Rhabarber nicht mehr, dennes ist eine Laune der Natur; die besten Stoffe ihren Produkten dicht unter die Schale zu stecken. Wir waschen die Stengel, schneiden sie in kleine Stücke und geben ordentlich Zucker darüber. So, nun nehmen wir wieder zunächst die kleine Flamme, die den feinen Saft herauszieht, den man mit grosser Flamme zum Sieden bringt. Aber hierbei gut aufpassen, denn im Augenblick des Kochens soll die Flamme kleingestellt werden! Noch einige Minuten Geduld, dann sind die Stückchen weich! Sie brauchen nicht nach Mutters altmodischem Verfahren zu Brei zu zerkochen. Mit etwas abgeriebener Zitronenschale würde man einen aparten Beigeschmack hineinzaubern.
Lucie Bürgel (Potsdam).

Stumme Klage.^x

SPD. Die Zeit rast. Alles hastet, alles eilt, niemand hat Zeit. In Eile wird gegessen, in Eile wird die Zeitung gelesen. Gedankenlos überfliegen täglich Millionen die bedruckten Spalten. Nur grosse Sensationsnachrichten fesseln Blick und Interesse stärker.

"Ein Ozeandampfer gesunken; Zahl der Toten noch unbekannt", oder "Schwere Schlagwetter auf einer schlesischen Kohlengrube". Das wird gierig gelesen.

Aber die kleinen Polizeinachrichten? Kaum, dass man davon Notiz nimmt. Und oft genug verbirgt sich dahinter ein soziales Drama.

Ein kleines Lokalblatt bringt diese kurze Notiz, in Petit gesetzt: "Von ihrer Untermieterin wurde gestern Abend die von ihrem Manne getrennt lebende Arbeiterin B. und ihr neunjähriges Töchterchen in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Alle Räume waren mit Gas angefüllt. Wie verlautet, haben Nahrungssorgen die Frau in den Tod getrieben."

Jeden Tag steht derartiges in irgend einer Zeitung. Darüber wird hinweggelesen. Das ist nichts Besonderes mehr. Das Massenelend hat die Menschen stumpf gemacht, unempfindlich für das Einzelschicksal.

Welche Tragödie wird da kurz und bündig mit ein paar Zeilen abgetan? Was die Zeitung meldet, ist ja nur der letzte Auftritt des Schlussaktes aus

einem Drama. Von dem, was vorherging, meldet die Zeitung nichts. Sie weiss nichts zu berichten von all den vergeblichen Versuchen, Arbeit zu finden, nichts von der Ehetragödie dieser Frau, nichts von den Sorgen der Mutter um ihr Kind, nichts von dem Hunger der beiden Menschen, von den Seelenqualen der letzten Stunden, ehe die Mutter den Gashahn aufdrehte. Man meldet ganz einfach: "Fährungs-sorgen haben die Frau in den Tod getrieben."

Aber ihr Tod ist Anklage, schwerste Anklage gegen ein Wirtschaftssystem, das bei vollen Speichern nicht in der Lage ist, die erzeugten Güter so zu ver-teilen, dass niemand Not leiden muss.

Paläste erstehen aus dem Schweiss der Hüttenbewohner. Reichtum für die Satten spriesst aus dem Fleiss der Hungrigen. Millionen Hände sehnen sich nach Arbeit und müssen nutzlos ruhen. Not, Elend, Verzweiflung graben sich in blei-che Gesichter, schauen aus hohlen Augen, treiben zu Wahnsinnstaten.

Wie viele mögen es heute wieder sein, die von der Unvernunft unsrer Gesell-schaftsordnung in den Tod getrieben werden? Wie viele morgen? Sie sind zu schwach, zu kämpfen, und treten die Reise an ins ewige Nichts. Uns hinter-lassen sie ihre stumme Klage...

Fix.

Schutzmittel gegen Insekten.X

SPD. So schön auch die sonnige, warme Frühlings- und Sommerszeit ist, und so gern der Naturfreund jede passende Gelegenheit zur Flucht aus dem Häusermeer der Stadt wahrnehmen wird, so kann doch manchmal die Insektenplage draussen im Freien Formen annehmen, dass dem Wanderlustigen dadurch der Naturgenuss gründ-lich verleidet wird. Besonders in der heissen Jahreszeit machen sich die Quäl-geister in manchen Gegenden häufig äusserst unangenehm bemerkbar. Es gibt da verschiedene bewährte Mittel, die gegen die lästigen Blutsauger, auch gegen die blutdürstigen Bremsen, einigen Schutz gewähren. Das Mittel gegen die Bremsen ist allerdings nicht gerade appetitlich, aber sehr wirksam, und wer schon einmal mit Bremsen nähere Bekanntschaft gemacht hat, dem wird gegen ihre Sti-che jedes Schutzmittel recht sein. Das Vorbeugungsmittel gegen Bremsenstiche besteht darin, dass einige der Bremsen zerdrückt und auf der Haut der den Sti-chen ausgesetzten Körperstellen zerrieben werden. Dieses Mittel beruht auf der Erfahrung, dass der Geruch der getöteten Bremsen von den lebenden Artgenossen aus irgendeinem Grunde gemieden wird.

Besonders lästig fallen aber in unsern Gegenden die Stechmücken verschie-dener Art, die durch die Ausdünstungsdüfte der Menschen angezogen werden. Die Mückenlarven leben im Wasser, faulenden Pflanzenstoffen usw. und verpuppen sich nach Abwerfung der Haut. Die Bekämpfung dieser kleinen Bestien besteht hauptsächlich in der Verminderung stillstehender Gewässer, Tümpel, Pfuhle, und in der systematischen Vertilgung der Larven. Die Feststellung, dass die Mücke eine deutliche Abneigung gegen bittere Stoffe zeigt, macht man sich bei der Be-kämpfung dieser Plagegeister zunutze. Persisches Insektenpulver und Nelkenöl, womit die freien Hautstellen eingerieben werden, sollen einigermaßen immun ma-chen. Ganz besonders bewährt hat sich nach den Untersuchungen von Epstein eine Mischung von 56 Gramm Eukalyptusöl, 56 Gramm Zitronenkrautöl, 20 Gramm Quassia amara-Extrakt und 5 Tropfen verdünnter Karbolsäure. Man soll ungefähr 7 Stunde vor den Mücken sicher sein, wenn man sich mit dieser Mischung die den Stichen ausgesetzten Körperstellen einreibt. Dass ein Tropfen Salmiakgeist das Juck-gefühl und die Schmerzhaftigkeit bereits gestochener Stellen zu beseitigen vermag, dürfte allgemein bekannt sein.
